GMDW

# Gesamtausschuss der Mitarbeitervertretungen
von Einrichtungen im Bereich Diakonisches Werk Pfalz

GMDW aktuell
1/2022

# Liebe Kolleginnen und Kollegen

nach der Neuwahl des GMDW am 23.09.2021 im Martin-Butzer-Haus in Bad Dürkheim haben wir uns am 25.10.2021 in Speyer konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Michael Hemmerich und zu jeweils gleichberechtigten Stellvertretenden Vorsitzenden Anne Jacobi-Wirth, Tino Satter und Dorothea Sawallisch-Stephan gewählt.

Eine persönliche Vorstellung der Mitglieder des GMDW findet Ihr hier im Heft. In dieser ersten Sitzung mussten auch direkt die Beisitzerinnen und Beisitzer für die Schlichtungsstelle für den Bereich des Diakonischen Werkes Pfalz und der kirchlichen Einrichtungen in ökumenischer Trägerschaft im Geltungsbereich des MVG-Pfalz benannt werden.

Hier wurden Jörg König (1. Stellvertreter Michael Hemmerich, 2. Stellvertreter Annett Fuchs) und Uwe Frey (1. Stellvertreterin Anne Jacobi-Wirth, 2. Stellvertreterin Bettina Wissert) gewählt. Es gibt seit Juli 2021 auch einen neuen Vorsitzenden der Schlichtungsstelle für die Amtsperiode 2021 – 2026, es handelt sich dabei um Herrn Hansjörg Eger, er ist Fachanwalt für Arbeitsrecht bei PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft in Stuttgart.

www.pwclegal.de/lawyers/hansjoerg-eger/



Er war zuvor bis zum Jahresende 2018 Oberbürgermeister der Stadt Speyer und lebt auch noch dort. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Herr Andreas Gerhard, Fachanwalt für Arbeitsrecht in Kaiserslautern berufen.

www.dr-hartmann-zaeske.de/kanzlei/

Bisher fanden einige Sitzungen des GMDW statt, im November noch in Präsenz und seitdem aufgrund der pandemischen Lage als Videokonferenzen mit MS-Teams.

Für das laufende Jahr haben wir einen regen Austausch mit Persönlichkeiten aus Diakonie, Kirche und Politik geplant. Hier sind bereits Treffen mit Landesdiakoniepfarrer Albrecht Bähr und dem Vorstand Finanzen, Personal, Organisation des Diakonischen Werk Pfalz, Gregor Höpfner, terminiert.

Auch ein Termin für ein Treffen mit dem für die Diakonie zuständigen Oberkirchenrat Manfred Sutter steht bereits fest. Des Weiteren konnten wir einen Termin für ein Treffen mit dem Staatsminister im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz, Alexander Schweitzer, vereinbaren.

Wir wollen mit diesen Verantwortlichen aus Diakonie, Kirche und Politik über die Arbeitsbedingungen in unseren Einrichtungen sprechen und auf diesem Weg versuchen, Verbesserungen für uns alle zu erreichen.

# Inhaltsverzeichnis


2 Vorwort

4 Inhalt / Impressum

5 Fortbildungen für Mitarbeitervertreter*innen

6 Wahl des GMDW

9 Die Mitglieder des GMDW

15 Verabschiedung Sigi Löhlau

17 Odyssee einer Ungeimpften

20 Coronna die 33.ste

22 Offener Brief der buko

23 „Abschaffung kirchlicher Privilegien“
Forderungen des ver.di Kirchenfachrat

27 Bericht Pflegerallye

30 Bericht vom MVG-Seminar


## Impressum


Herausgeber
Gesamtausschuss der
Mitarbeitervertretungen
im Bereich Diakonisches Werk Pfalz
(GMDW)

c/o Michael Hemmerich
Diakonissen Speyer
Hilgardstraße 26
67346 Speyer

V.i.S.d.P.:
Tino Satter
Tel.: 06232 22-1335
t.satter@diakonissen.de

Leserbriefe und Artikel an die obige Adresse
sind ausdrücklich erwünscht!




Bei den Fortbildungen für Mitarbeitervertreterinnen und Mitarbeitervertretern sind wir wieder selbst aktiv geworden und bieten im laufenden Jahr folgende Fortbildungen an:

| | |
|---|---|
| Grundlagenseminar 1 | Allgemeine Aufgaben, Rechte und Pflichten |
| Grundlagenseminar 2 | Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten |
| Grundlagenseminar 3 | Mitbestimmung in Organisatorischen Angelegenheiten |
| Fortbildung | „Aufbau- und „Refresher“ Seminar für den Wirtschaftsausschuss“ |
| Fortbildung | „Auf Augenhöhe!“ Kommunikation und Verhandlungsführung |

Weitere Informationen und Hinweise zur Anmeldung zu unseren Fortbildungen findet Ihr auf unserer Internetseite unter der Rubrik „Fortbildungen“.

Herzliche Sommergrüße von
Michael Hemmerich
Vorsitzender

# Wahl des GMDW am 23.09.2021

Am Donnerstag den 23.09.2021 lud der GMDW zu seiner Vollversammlung mit Neuwahlen ins Martin-Butzer-Haus nach Bad Dürkheim ein. Neben den Delegierten der MAVen fanden auch zahlreiche Gäste den Weg ins Martin-Butzer-Haus.

Sigi Löhlau, unser Vorsitzender führte in seiner unkomplizierten und lockeren Art in die Veranstaltung ein und präsentierte den Tagesplan der Vollversammlung. Dieser begann mit dem Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres, und Interessantem aus der gesamten letzten Amtszeit des GMDW. Am Ende sollte der GMDW neu gewählt werden.

Sigi kündigte an, dass er für die kommende Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stehen wird, da er mit großen Schritten auf den Ruhestand zu gehen will. Einiges hat den GMDW in den letzten vier Jahren bewegt. Darunter vor allem Fragen rund ums Infektionsschutzgesetz, Schutzmasken, Impfempfehlungen,Teststrategien usw.
Bei sich ständig ändernden Bestimmungen.

Wir kämpfen seit Jahren für eine Erhöhung der pauschalen Freistellung für Eure MAV- Arbeit. Erreicht haben wir jetzt, dass im Bereich unserer Landeskirche eine deutliche Erhöhung der pauschalen Freistellung durch die Synode entschieden wurde. Ziel ist hier aber nach wie vor mindestens der Verzicht auf eine Pfälzer Sonderregelung und ein Angleichen an das MVG-EKD.

Sigi berichtete von den verschiedenen Fortbildungen, welche wir organisierten und die von Euch gut besucht waren. Darunter der jährliche Klassiker:

„Mitarbeitervertretungsrecht“ mit Bernhard Baumann-Czichon, der auch für 2022 bereits seine Zusage signalisiert hat. Die Grundlagenseminare für neu gewählte MAVler*innen finden zurzeit statt und werden sehr gut angenommen. Wir freuen uns, mit ver.di b+b einen starken Kooperationspartner gewonnen zu haben, der unseren Fortbildungen mehr Professionalität und Schwung verleiht!

Nach Ende des Tätigkeitsberichts fand die Wahl des neuen GMDW statt. Danke an Sigi, dass er als Wahlleiter für die Neuwahl bereitstand! Unterstützt wurde er von Michaela Ecker vom Diakoniezentrum Pirmasens und Uwe Schwan vom Ökumenischen Gemeinschaftswerk Pfalz.

## Gewählt wurden:

| | |
|---|---|
| Anett Fuchs | Jörg König |
| Ev. Diakoniewerk Zoar | |

| | |
|---|---|
| Alexandra Beck | Uwe Frey |
| Ökum. Fördergemeinschaft Ludwigshafen | |

| | |
|---|---|
| Anne Jacobi-Wirth | Christian Jones |
| Diakoniezentrum Pirmasens | |

| |
|---|
| Dorothea Sawallisch-Stephan |
| Ev. Heimstiftung Pfalz |

| | |
|---|---|
| Michael Hemmerich | Tino Satter |
| Ev. Diakonissenanstalt Speyer K.d.ö.R. | |

| | |
|---|---|
| Bettina Wissert | Maurizio Nici |
| Diakonissen-Stiftungs-Krankenhaus Speyer | |

An dieser Stelle vielen Dank dem Wahlvorstand für die souveräne Durchführung und Gratulation den neuen und „alten“ GMDWler*innen zur Wahl!

Wir freuen uns und sind gespannt auf die neue Amtszeit und auf die Aufgaben die uns in den nächsten vier Jahren bevorstehen!

Tino Satter



# Die Mitglieder des GMDW

**Michael Hemmerich**
**Vorsitzender**
Kfz.-Mechaniker,
Diplom-Sozialarbeiter (FH)

E-Mail:
mhemmerich@gmdw-pfalz.de

Ich war über viele Jahre in der Kinder und Jugendhilfe als Gruppenleiter einer stationären Wohngruppe, in der Sozialpädagogischen Familienhilfe und im Krankenhaussozialdienst tätig. 2004 wurde ich erstmals in die MAV gewählt, seit 2011 bin ich Vorsitzender. Aktuell bin ich mit 34 h/Woche für die Tätigkeit in der MAV freigestellt und mit 5 h/Woche kümmere ich mich um das Betriebliche Gesundheitsmanagement der Gesamteinrichtung. Dem GMDW gehöre ich seit 2010 an und vertrete diesen in der „Buko“ (Bundesarbeitsgemeinschaft der Arbeitsgemeinschaften der Mitarbeitervertretungen und Gesamtausschüsse im Bereich des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland).

**Anne Jacobi-Wirth**
**stellv. Vorsitzende**
Erzieherin

E-Mail:
ajacobi-wirth@gmdw-pfalz.de

Ich arbeite seit mehr als 30 Jahren im Diakoniezentrum Pirmasens in der vollstationären Jugendhilfe und bin seit 20 Jahren in der MAV und seit mehreren Jahren freigestellte MAV-Vorsitzende und GMDW-Mitgliederin, außerdem Delegierte für die Buko. Aktuell engagiere ich mich verstärkt im Pflegebündnis Pfausta RLP. In der MAV bin ich, weil ich gerne politisch arbeite. Meine Themen sind: Forderung nach Übernahme Betriebsverfassungsgesetz; Beendigung des Dritten Weges und demzufolge Tarifvertrag TVÖD; Abschaffung Kirchengesetzgebung. Neokapitalismus in der Diakonie oder wie uns die Bilanz beherrscht.

**Tino Satter**
**stellv. Vorsitzender**
Industriekaufmann, Erzieher, Heilpädagoge

E-Mail:
tsatter@gmdw-pfalz.de

Seit 2001 arbeite ich in der Kinder und Jugendhilfe bei Diakonissen Speyer. Tätig bin ich in der Sozialpädagogischen Schülerhilfe. Seit April 2013 bin ich in der MAV und für diese Tätigkeit mit zurzeit 30h/ Woche freigestellt. In dieser Amtszeit bin ich stellvertretender Vorsitzender hier im GMDW und auch in unserer MAV und G-MAV. Zudem werde ich weiter das Amt des Schreibers (Schriftführer) begleiten. Zuständig bin ich außerdem für die Planung und Durchführung der GMDW-Fortbildungen und für die Pflege der Homepage. Gerne auch Ansprechpartner für Eure Fragen zu den AVR, zu Arbeitszeiten oder Betrieblichem Eingliederungsmanagement (BEM).

**Dorothea Sawallisch-Stephan**
stellv. Vorsitzende
Erzieherin

E-Mail:
dsawallisch-stephan@
gmdw-pfalz.de

Ich arbeite seit 1983 im Heilpädagogium Schillerhain in Kirchheimbolanden (Träger ist die Evangelische Heimstiftung Pfalz), wo ich auch meine Ausbildung zur Erzieherin beendet habe. Zunächst war ich im vollstationären Bereich im Erziehungsdienst tätig, bis ich dann 1990 in die Herman-Nohl-Schule gewechselt bin. Hier arbeite ich als pädagogische Fachkraft in der Entlassklasse unserer Förderschule. Im Laufe der Jahre wurde ich Mitglied der MAV, GMAV und seit Herbst 2017 darf ich auch im GMDW mitwirken.

**Alexandra Beck**
Dipl. Sozialpädagogin (FH)

E-Mail:
mav@foerdergemeinschaft.de

Ich arbeite seit 2010 bei der Ökumenischen Fördergemeinschaft Ludwigshafen. Angefangen habe ich in der Erziehungshilfe, wechselte aber ziemlich schnell ins Jugendzentrum Mundenheim, indem ich über 10 Jahren tätig war. Im Februar 2022 wechselte ich (wieder innerhalb der ÖFG) zur Quartiersarbeit.Im April 2021 wurde ich in die MAV gewählt und habe dort das Amt der Gleichstellungsbeauftragten inne. Die Förderung der beruflichen Chancen von Frauen (hiermit sind alle Menschen eingeschlossen, die sich als Frauen definieren) und allen anderen benachteiligten Gruppen sind mir hierbei sehr wichtig.Im September 2021 wurde ich überraschenderweise in den GMDW gewählt. Ich freue mich sehr auf diese neue Herausforderung.

**Uwe Frey**
Dipl. Sozialpädagoge (FH)

E-Mail:
frey@foerdergemeinschaft.de

Seit April 1994 arbeite ich bei der ÖFG. Anfangs tätig im Jugendzentrum Mundenheim wechselte ich im Jahr 2000 in den Arbeitsbereich Sozialpädagogische Familienhilfe. Dort war ich 17 Jahre tätig um 2017 wiederum innerhalb der ÖFG zur Gemeinwesenarbeit zu wechseln, wo ich aktuell tätig bin. Mit der Umfirmierung der ÖFG im Jahr 2000 in eine GmbH musste 2001 auch eine eigene MAV gewählt werden, deren Vorsitzender ich war. Ebenfalls 2001 wurde ich als Beisitzer in den GMDW gewählt, 2005 dann zu dessen stellvertretenden Vorsitzenden um dann von 2010 bis 2013 als Vorsitzender im GMDW zu agieren. Im September 2021 wurde ich erneut in das Gremium gewählt.

**Annett Fuchs**
Physiotherapeutin

E-Mail:
afuchs@gmdw-pfalz.de

Seit 1992 bin ich im Evangelischen Diakoniezentrum Zoar, am Standort Heidesheim, in Vollzeit beschäftigt. Im Jahr 1994 wurde ich das erste Mal in die Mitarbeitervertretung gewählt, in der ich nun auch das Amt der Vorsitzenden übernommen habe. Seit 2005 bin ich in unsere Gesamtmitarbeitervertretung entsandt und bin da die stellvertretende Vorsitzende. Im gleichen Jahr wurde ich in den GMDW gewählt und war von 2013 - 2021 stellvertretende Vorsitzende. Meine leidenschaftliche Arbeit in den o.g. Gremien basiert auf meinem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn. Ich stelle mich offen gegen Diskriminierung jeglicher Art und Weise. Ich setzte mich sehr gern für die Belange der Mitarbeitenden ein und habe die Vision, dass es möglichst in allen Einrichtungen des Diakonischen Werk der Pfalz gut aufgestellte, arbeitsfähige Mitarbeitervertretungen gibt.

**Jörg König**
Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung

E-Mail:
jkoenig@gmdw-pfalz.de

Angefangen bei Zoar habe ich im August 2002. In die MAV erstmals 2005 gewählt. Gleichzeitig in die GMAV. Dort Stellvertreter, 2009 erneut gewählt worden. Gleichzeitig zum Vorsitzenden der GMAV gewählt. 2009 in den GMDW gewählt. Bei ZOAR Rockenhausen bin ich Mitglied des Verwaltungsrates mit Sitz und Stimme.

**Christian Jones**
Haustechniker

E-Mail:
MAV.CJones@
diakoniezentrum-ps.de

Im Februar 2001 habe ich meine Arbeit im Diakonie Zentrum Pirmasens aufgenommen – zunächst viele Jahre im Team der Haustechnik und seit September 2021 bin ich für die Bereiche MPG, Arbeitssicherheit und Brandschutz zuständig. Seit gut 16 Jahren stehe ich für die Bedürfnisse und Rechte unserer Belegschaft ein. Jetzt freue ich mich auf neue Aufgabengebiete, die mir die Wahl in den GMDW ermöglicht. Es ist mir ein großes Anliegen durch die Mitarbeit im GMDW Euch Kolleg*innen in der pfälzischen Diakonie zu unterstützten.

**Bettina Wissert**
Krankenschwester

E-Mail:
bettina.wissert@diakonissen.de

Seit 1991 bin ich mit Beginn meiner Ausbildung bei Diakonissen Speyer beschäftigt. Als Krankenschwester und Praxisanleiterin arbeite ich im Bereich der Gefäßchirurgie. Ein Großteil meine Tätigkeit ist die Anleitung neuer Mitarbeiter:innen. Für mich ist es wichtig, dass man versteht weshalb und wie etwas getan wird, deshalb ist Anleitung einfach mein Ding. Als Schwerbehindertenvertretung bin ich seit 2008 für unsere Mitarbeiter Ansprechpartnerin. In der MAV des Diakonissen-Stiftungskrankenhaus Speyer seit 2010. In der GMAV bin ich als Gesamtschwerbehindertenvertretung vertreten. Mit 30 % bin ich für meine Arbeit in der Mitarbeitervertretung freigestellt.

**Maurizio Nici**
Betriebstechnik

E-Mail:
mnici@gmdw-pfalz.de

Mit großer Freude und Einsatzbereitschaft arbeite ich nun bereits 21 Jahre für die Diakonissen Speyer. Als Mitarbeiter im Technikteam bin ich immer zur Stelle wenn irgendwo technische Probleme gemeldet werden. Sowohl während meinen festen Arbeitszeiten als auch während meiner Bereitschafts und Wochenenddienste lässt die Motivation nicht nach. So geht es mir auch mit meiner Tätigkeit als Mitarbeitervertreter des Diakonissen Stiftungs-Krankenhauses Speyer gGmbH, welche ich bereits seit 12 Jahren ausübe. Dem GMDW gehöre ich nun bereits in der zweiten Legislaturperiode an. Als zuverlässiger Ansprechpartner stehe ich Ihnen gern zur Verfügung und freue mich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.



# Lieber Sigi,

Zur konstituierenden Sitzung am 25.10.21 haben wir zum letzten Mal Deine Dienste in Anspruch genommen. Glücklicherweise hast Du Dich als Wahlvorstand für unsere Neuwahl des GMDW engagiert. Nach vier Jahren als Vorsitzender hast Du entschieden, in unserem Gremium nicht mehr zu kandidieren, da du in 2022 eine neue Herausforderung annehmen wirst. Du wirst dann bald keine Urlaubsansprüche mehr haben, keine Tarifsteigerung in Deinem Lohn und keine freien Tage! Wir hoffen, Du hast Dir das gut überlegt!

Weiterhin wirst Du für das CJD und vor allem für die buko, als Mitglied der Sprecher*innengruppe tätig sein, bevor Du auch für diese Ämter nicht mehr zur Verfügung stehen wirst. Wir haben es persönlich getan und wollen es hier nochmal „offiziell“ verschriftlichen!

Herzlichen Dank für Dein Engagement in einem Gesamtausschuss, der, als Du zu uns kamst, führungslos und ein bisschen gepeinigt war, von Ereignissen die uns in der diakonischen Landschaft überrollt hatten (Schließung des Ev. Krankenhauses Zweibrücken, Fusion des Landesvereins der Inneren Mission mit Diakonissen Speyer). Mit Dir als Vorsitzenden haben wir viel besser zu unseren Aufgaben zurückgefunden und konnten uns neu aufstellen.

Vieles haben wir mit Dir und durch Dein wirken auf die Beine gestellt und erreicht. Der größte Erfolg war die Ausweitung der formalen Freistellung für MAVen um 50% und das schon ab einer Beschäftigtenzahl von 151! Natürlich ist da noch Luft nach oben, aber dass wir das erreicht haben, war zum großen Teil Deinem Wirken zu verdanken.

Du hast mit Vertreter*innen aus Politik und Kirchenregierung auf Augenhöhe, mit viel Sachkompetenz und großem Fachwissen verhandelt, hast uns immer

mit aktuellen Informationen aus der Kirchen- und Bundespolitik versorgt und tust es immer noch, hast Fortbildungen organisiert und selbst durchgeführt. Die Nennungen könnten noch viel weiter ausgeführt werden.

Wir können uns sehr glücklich schätzen, dass Du uns vier Jahre lang geführt hast und sagen ganz, ganz herzlich „Danke“!

Für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir Dir von Herzen alles Gute, viel Gesundheit, Trittsicherheit, ausreichend Luft in den Reifen, Sonne, Murmeltiere, Glück und Zufriedenheit!

Und wir freuen uns, wenn wir Dich für das eine oder andere Spezialthema als Referent buchen dürfen!

Liebe Grüße
Anne, Annett, Bettina, Doro, Jörg, Maurizio,
Michael, Tino, Wolfgang



# Die einrichtungsbezogene Impfpflicht oder: Die Odyssee einer Nichtimmunisierten

Heute ist der 17.März 2022 und seit gestern ist irgendwie alles anders. Seit 30 Jahren arbeite ich in einer Einrichtung die zum Diakonischen Werk der Pfalz gehört und die unter die einrichtungsbezogene Impfpflicht fällt.

Am 10.Dezember 2021, als das Infektionsschutzgesetz und speziell der §20a, vom Bundestag auf den Weg gebracht wurde, brach erst einmal eine Welt für mich zusammen. Existenzängste, wie ich sie noch nie in meinem Leben gekannt hatte, machten sich in mir breit. Sollte ich wirklich am 16.März 2022 nicht mehr an meinen Arbeitsplatz gehen dürfen? Würde mein Arbeitgeber mich kündigen (müssen)? Würde ich nie mehr in meinem erlernten Beruf arbeiten können? Wie würden Kolleginnen und Kollegen und unsere zu Betreuenden reagieren? Wie sollte es weitergehen? Fragen über Fragen…

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich mich nicht wirklich und ernsthaft mit dem Thema Impfung gegen Covid19 auseinandergesetzt. Ich hatte mich bis dahin 22 Monate an alle Vorschriften und Maßnahmen gehalten und zwar schon dermaßen überzogen, dass meine Kolleginnen und Kollegen und Freunde mich für paranoid erklärten. In dieser Zeit pflegte ich auch meine 89jährige Mutter in häuslicher Pflege, die sich in einem Krankenhaus mit dem Corona Virus infiziert hatte und trotz fehlender Immunisierung steckte ich mich nicht an. Bis zum 10.Dezember 2021 sah ich keinerlei Veranlassung mich impfen zu lassen.

Nach Beschluss der Bundesregierung sah das natürlich plötzlich ganz anders aus und ich vereinbarte erst einmal einen Termin bei meinem Hausarzt, um ihn mit diversen Fragen zur Impfung zu konsultieren. Er riet mir, wegen meiner diversen Erkrankungen, die jeweiligen Fachärzte zu kontaktieren, was ich tat. Meine Fachärzte konnten mir meine Bedenken bezüglich der Covid Impfung, im Zusammenhang mit meinen Erkrankungen, nicht nehmen. Eher verunsicherten sie mich noch mehr. Sie schickten mich zu meinem Hausarzt zurück, mit der Aussage, er kenne mich seit 30 Jahren und müsse, anhand meiner Krankengeschichte, eine Entscheidung treffen, ob ich impffähig sei oder nicht.

Also hatte ich dann am 10.Januar 2022 wieder einen Termin bei meinem Hausarzt. Nun hatte ich ja nur noch 8 Wochen Zeit bis zum vielleicht alles

entscheidenden Stichtag und ich meldete mich bei der Bundesagentur für Arbeit vorsichtshalbermal „arbeitssuchend“ ab 16.03.2022. Das kam dem „Gang nach Canossa“ gleich, da ich in meinen 53 Lebensjahren noch nie etwas mit dieser Institution zu tun hatte.

Mein Hausarzt war ziemlich überrascht, als ich wieder zum Thema Covid Impfung bei ihm auftauchte und er fragte mich auch direkt, was ich denn von ihm „wolle“. Er habe mich doch zu den Fachärzten geschickt. Ich teilte ihm mit, dass mich die Fachärzte zu ihm zurückgeschickt hatten, weil sie keine Entscheidung treffen wollten. Er teilte mir sehr deutlich und unsanft mit, dass er mir auf keinen Fall ein Attest über Impfunfähigkeit ausstellen werde (das hatte ich bis dahin überhaupt nicht gefordert).

Irgendwie hatte ich das Gefühl, meinen Hausarzt und die Fachärzte zu einer Straftat, wie Banküberfall oder ähnliches aufgefordert zu haben. Ich wollte doch nur meine Fragen beantwortet haben und meine Bedenken wegen meinen Erkrankungen und diversen Allergien ausgeräumt bekommen. Nach einer Stunde konnte ich meinen Hausarzt dann überzeugen, mich auf die Impfstoffe erst zu testen, ehe ich geimpft werden kann. Dies würde dann zumindest mal die Allergien eingrenzen. Nun habe ich am 6.Mai 2022 einen Termin bei meinem Allergologen. Naja besser spät als nie.

Was meine anderen Erkrankungen angeht, fühle ich mich bis heute im Stich gelassen. Kein Arzt möchte Verantwortung übernehmen und eine klare Aussage treffen.

Nun hat mich mein Arbeitgeber gestern bei dem zuständigen Gesundheitsamt gemeldet, weil ich eben nicht geimpft, genesen oder bescheinigt impfunfähig bin. Der Weg zum Briefkasten wird jetzt jeden Tag zum symbolischen Gang aufs Schafotte. Da muss ich wohl jetzt durch.

Wenn der Super-GAU eintritt und das Gesundheitsamt mir ein Betretungs bzw. Beschäftigungsverbot ausspricht, wird mich wohl mein Arbeitgeber ohne Lohnfortzahlung freistellen (müssen). Das bedeutet auch gleichzeitig nach weiteren 4 Wochen keine Krankenversicherung mehr.



Die BAfA kann auch noch keine verbindliche Aussage machen, ob ich dann Anspruch auf Arbeitslosengeld habe. Eine Beraterin sagte ja, der nächste Mitarbeiter sagte nein, da ich ja nicht vermittelbar sei, weil ich mich in einem aktiven Arbeitsverhältnis befinde,was nur ruht.

Im schlimmsten Fall bin ich also demnächst mittellos, ohne Krankenversicherung etc. Nun frage ich mich, ob ich schon mal vorsorglich das Sozialamt kontaktiere oder mir einen guten Platz unter der nächsten Brücke suchen soll. Das sind natürlich alles Dinge, die nicht gerade dazu beitragen seelisch gesund zu bleiben.

Das Jahr 2022 wird „spannend“ weitergehen, für Menschen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden wie ich. Ich kann nur hoffen, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht, mit ihrer Befristung am 31.12.2022 ausläuft und ich, wie die 30 Jahre vorher auch, gerne und ohne Angst an meinen Arbeitsplatz gehen kann.

Fortsetzung folgt,
wenn ich die Möglichkeit dazu habe.
Bleibt gesund oder werdet es recht bald wieder.

Eure Annett Fuchs

# Corona die 33.ste

Seit über zwei Jahren hält uns ein kleines Virus, ganz schön auf Trab. Wir sind bereits heute (Ende April) bei der 33sten (!!!) Corona Bekämpfungsverordnung oder, als griffige Abkürzung 33.CoBeLVo, angekommen.

Anfang 2020 nahm das Virus in Deutschland Fahrt auf. Wir wussten nicht, was uns die Zukunft bringt. Erschreckend waren vor allem die Bilder aus Norditalien. Die Sorge war groß, dass es bei uns genau so wird. Im März / April 2020 hatten wir einen harten Lockdown. Einige von uns bekamen Bescheinigungen, die es uns erlaubten, unserer Arbeit weiter nachzugehen, ansonsten galt eine Ausgangssperre. Unsere Kinder durften nicht in die Schule, nicht raus, nicht zu Freunden… Das war eine sehr harte Zeit, gerade für Familien die wenig Platz und Rückzugsmöglichkeit hatten.

Plötzlich mussten wir überall Schutzmasken tragen. Desinfektionsmittel in unmessbarer Menge rieben wir uns zwischen die Finger. Wurde es draußen warm, gingen die Infektionszahlen zurück, wurde es wieder kühler, stiegen sie wieder an. Maßnahmen wurden gelockert, dann wieder verschärft. Es ging, zumindest gefühlt, ganz schön hin und her. Heute weiß man, dass die eine oder andere Maßnahme überzogen, unnütz, nicht nachvollziehbar oder einfach falsch war. Ich persönlich glaube aber, dass die politischen Entscheider alles darangesetzt haben, dass wir gut durch diese Pandemie kommen.

Ende des Jahres und zu Beginn von 2021 hatten dann zwei oder drei Pharmaunternehmen „serientaugliche“ Impfstoffe gegen Covid 19 parat. Ein Hoffnungsschimmer vor allem für ältere Menschen, von denen wir wissen, dass sie am meisten durch Covid 19 gefährdet sind. Impfteams versorgten die Seniorenzentren, Klinik und Pflegepersonal konnte sich impfen lassen. Und… viele Länder in Europa, darunter auch wir in Deutschland, konnten wieder ein bisschen freier Atmen!

Bis heute stellt, nach wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen, die Impfung den besten Schutz vor Covid 19 in all seinen Varianten dar. Zum Schutz alter und kranker Menschen, wurde die einrichtungsbezogene Impfpflicht eingeführt.



Eine weitere Maßnahme der politisch Verantwortlichen über die es sich sehr wohl streiten lässt… Sinnvoll? Notwendig? In der Abwägung von anderen Risiken, das geringere? Ich weiß es nicht. Zu meiner Überzeugung, dass es sich um eine Maßnahme handelt, die dem Schutz der Bevölkerung dienen soll und dass nicht Machtinteressen, Wirtschaftsinteressen oder Verschwörungsideen der Grund sind oder waren, passt folgendes Zitat von unbekannter Verfasser*in

> ***„Ich sehe meine Rechte nicht beschränkt oder bedroht. Ich sehe mich bedroht durch Rechte und Beschränkte. Lieber glaube ich Wissenschaftlern, die sich auch mal irren, als Irren, die glauben, sie seien Wissenschaftler.“***
> Gefunden auf: https://www.myzitate.de/coronavirus

Es mag berechtigte Gründe geben, die Maßnahmen zu hinterfragen. Es gibt persönliche Gründe, warum z.B. eine Impfung abgelehnt wird. Danach muss auch immer gefragt werden. Wenige die sich nicht impfen lassen (können) sind Impfgegner oder Verschwörungstheoretiker.

Mein Wunsch für die nahe Zukunft ist, dass die Gesundheitsämter in den Dialog mit den Menschen gehen und möglichst besonnen agieren. Und ich wünsche mir den Dialog zwischen uns, geimpft oder nicht, um weitere Spaltung und Misstrauen abzubauen.

Tino Satter

buko
Mitarbeiter:innen vertreten

**Bundeskonferenz**
der Arbeitsgemeinschaften
und Gesamtausschüsse der
Mitarbeitervertretungen
im diakonischen Bereich

buko · Heinrich-Wimmer-Straße 4, 34131 Kassel

**Offener Brief an die Fraktionen der Regierungskoalition**

Geschäftsstelle
Heinrich-Wimmer-Straße 4
34131 Kassel
Tel. 0561 5007-1969
Fax 0561 5007-1991
email [redacted]

Sehr geehrter Arbeitsminister Hubertus Heil,
sehr geehrte Fraktionsvorsitzende Katja Mast,
sehr geehrter Fraktionsvorsitzender Dirk Wiese,
sehr geehrter Fraktionsvorsitzender Matthias Miersch

Kassel, 07. Februar 2022

**Prüfung des kirchlichen Arbeitsrechts**
**Beteiligung der diakonischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Bundeskonferenz**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bedauern haben wir die Ausführungen im Koalitionsvertrag zum kirchlichen Arbeitsrecht erwartet. In diesen Wahlprogrammen wurde die Reformierung des kirchlichen Arbeitsrechts von allen Koalitionspartnern angekündigt. Im Koalitionsvertrag ist nun eine Absichtserklärung enthalten, dass Sie gemeinsam mit den Kirchen prüfen werden, inwieweit das kirchliche Arbeitsrecht dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden kann.
Die Bundeskonferenz ist das Sprachrohr der Mitarbeitervertretungen der Diakonie. Wir sind der Zusammenschluss aller Arbeitsgemeinschaften und Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen im Bereich der Diakonie Deutschland. Legitimiert durch Studienwahlen vertreten wir die Interessen der rund 650 000 Beschäftigten der Diakonie Deutschland.

Seit vielen Jahren fordern wir, gemeinsam mit der diakonischen Beschäftigten und der Gewerkschaft ver.di, die Stärkung der Arbeitnehmer:innenrechte und der betrieblichen Mitbestimmung in kirchlichen und diakonischen Betrieben. Die Abschaffung der kirchenrechtlichen Privilegien hinsichtlich des Arbeitsrechts, der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung sind längst überfällig.

Zu „den Kirchen" gehören auch die diakonischen Unternehmen und Konzerne, die profitieren stark vom Sonderstatus im kirchlichen Arbeitsrecht. Diese Unternehmen agieren im Sozialmarkt wie alle anderen Arbeitgeber unter den sozialen Anklängen. Wir sehen die von den Koalitionspartnern beabsichtigte Prüfung der Angleichung des kirchlichen Arbeitsrechts an das staatliche Arbeitsrecht als vorläufigen ersten Schritt.
Bei der von Ihnen angekündigten Prüfung geht es vor allem um die Stärkung der Rechte von rund 1,8 Millionen Beschäftigten in kirchlichen und diakonischen Wohlfahrtsverbänden und es besteht großer Handlungsbedarf. Wir fordern einen transparenten Prozess unter Einbeziehung von uns Interessenvertretungen und der Gewerkschaft ver.di.

Wir freuen uns über eine Rückmeldung – auch zu den nachfolgend benannten Themen – und stehen für Gespräche gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Das ganze Schreiben findet Ihr auf www.gmdw-pfalz.de



ver.di

**Abschaffung kirchlicher Privilegien im Arbeitsrecht**
**Arbeitnehmer:innenrechte ausnahmslos stärken!**
**Arbeitnehmer:innen beteiligen!**

In den vergangenen 70 Jahren hat sich die kirchliche Nebenrechtsordnung im Arbeitsrecht mit staatlicher Gewähr zu Ungunsten der kirchlich Beschäftigten verselbständigt. Die Gewerkschaft ver.di und der DGB zeigen seit Jahrzehnten die arbeitsrechtlichen Verwerfungen bei kirchlichen Arbeitgebern auf und fordern die Stärkung der Arbeitnehmer:innenrechte. Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland findet in einem Koalitionsvertrag das kirchliche Arbeitsrecht Erwähnung.Wir bewerten es als einen wichtigen Fortschritt, dass die Regierungskoalition die kirchlichen Privilegien im Arbeitsrecht auf den Prüfstand stellen will.

Die Ampelparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag formuliert, gemeinsam mit den Kirchen prüfen zu wollen, inwieweit das kirchliche an das staatliche Arbeitsrecht angeglichen werden kann. Verkündigungsnahe Tätigkeiten sollen ausgenommen bleiben. Leider handelt es sich lediglich um eine Prüfabsicht, doch wir fordern echten Veränderungswillen. „Die Kirchen" sind selbst Arbeitgeber, ebenso wie ihre Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas und die zehntausenden Betriebe und Unternehmen unter ihrem Dach. Sie selbst haben den heutigen Sonderstatus im Arbeitsrecht in den vergangenen Jahrzehnten befördert, profitieren von ihm und haben kein Interesse an seiner Einschränkung. Demzufolge ist ein entschiedenes politisches Vorgehen und ein säkularer Veränderungswille erforderlich. Das Arbeitsrecht ist vor allem ein Arbeitnehmerschutzrecht. Es ist also zwingend erforderlich, dass diejenigen beteiligt werden, deren Rechte es zu stärken gilt: Unsere rund 1,8 Millionen Kolleg*innen in kirchlichen Betrieben.

Sie werden durch ihre Gewerkschaft ver.di
und ihre betrieblichen Interessenvertretungen repräsentiert.

Gesundheit,
Soziale Dienste, Bildung
und Wissenschaft

Wir fordern von der Regierungskoalition:
Die Rechte der kirchlich Beschäftigten müssen gestärkt werden, indem die kirchliche Nebenrechtsordnung im Arbeitsrecht eingeschränkt bzw. bisherige gesetzliche Ausnahmen abgeschafft werden. Es ist unverzüglich ein transparenter Roadmap Prozess zur Anglei-chung des kirchlichen Sonderstatus an das staatliche Arbeitsrecht zu starten.

Die Gewerkschaft ver.di sowie die betrieblichen Interessenvertretungen sind in den Prozess einzubeziehen. Rund 1,3 Mio. der insgesamt rund 1,8 Mio. Beschäftigten arbeiten in Wirtschaftsbetrieben und unternehmen unter dem Dach von Diakonie und Caritas. Diese Einrichtungen erbringen Leistungen, die weit überwiegend nicht aus Kirchensteuermitteln, sondern allgemeinen Steuer und Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden.

Das betrifft Krankenhäuser, Einrichtungen der Altenhilfe, Kinder und Jugendhilfe, Eingliederungs und Behindertenhilfe, Kindertagesstätten u.a.m. Sie befinden sich im politisch gewollten Wettbewerb mit den Anbietern in öffentlicher, kommerzieller oder freier Trägerschaft. Sie stehen unter dem gleichen betriebswirtschaftlichen Kostendruck, fusionieren und bilden Gesundheits und Sozialkonzerne mit tausenden von Beschäftigten und Milliardenumsätzen und agieren personalwirtschaftlich wie ihre nichtkonfessionellen Wettbewerber.
Doch gleichzeitig profitieren kirchliche Arbeitgeber von einer schwächeren betrieblichen Mitbestimmung, der Abwesenheit von Unternehmensmitbestimmung, konfessionell begründeter Kündigungsmöglichkeiten auf Grundlage besonderer Loyalitätspflichten zu Lasten der Beschäftigten und der Einschränkung von Grundrechten, indem sie ein Streikverbot kirchlich verordnen.

Aus diesem Grund fordern wir:
Die kirchlichen Privilegien im Arbeitsrecht sind durch den staatlichen Gesetzgeber ersatzlos abzuschaffen. Die verfassungsrechtlichen Schranken für die eigenen Angelegenheiten der Kirchen sind durch den staatlichen Gesetzgeber eng zu fassen. Einer einseitigen Ausdehnung durch die Kirchen wie in den vergangenen 70 Jahren ist entschieden entgegenzuwirken. Der staatliche Gesetzgeber muss in diesem Rahmen insbesondere folgende

Schritte in Angriff nehmen:
Stärkung der betrieblichen und der Unternehmensmitbestimmung durch Abschaf-fung der Ausnahmen aus dem staatlichen Mitbestimmungsrecht.
Stärkung der individuellen Rechte der Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen, z.B. durch Abschaffung kirchlicher Diskriminierungsprivilegien im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

Abschaffung gesetzlicher Sonderregelungen zu Gunsten der kirchlichen Arbeitsrechtssetzung, wie z.B. im Arbeitnehmerentsendegesetz, mit deren Hilfe die kirchlichen Arbeitgeber die Erstreckung eines Tarifvertrags auf die ganze Altenpflegebranche verhindert haben.

Stärkung der ausnahmslosen Tarifpartnerschaft mit den Gewerkschaften und die Abschaffung der kirchlichen Arbeitsrechtssetzung, die Beschäftigtengrundrechte einschränkt, z.B. durch ein kirchliches Streikverbot.

Kirchenfachrat, Februar 2022

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung, Ressort 9 Bereich Gesundheitswesen/ Gesundheitspolitik Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.

Besucht den GMDW auf unserer Facebook Seite oder auf unserem MAV- Kanal bei Youtube!



# Pflegerallye durch Rheinland-Pfalz: Der Staffelstab wandert nach Ludwigshafen!

„Wir werden diese Bundesregierung und den Bundesgesundheitsminister an ihren Taten messen. Wir freuen uns über jeden kleinen Schritt. Wir erwarten aber auch, dass endlich echte Entlastung und Aufwertung bei uns systemrelevanten Kräften ankommt.Wir fordern jetzt die Kehrtwende! Wir fordern eine bedarfsorientierte Personalbemessung und keine Nacht mehr allein im Dienst zu sein. Wir fordern eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser und die Abschaffung der DRGs auf Bundesebene! Wir fordern eine solidarische Pflegegarantie!“ (Julia-Christina Stange, Sprecherin des Bündnisses Pflegeaufstand Rheinland-Pfalz)

Mit diesen Forderungen an die Ampelkoalition macht sich der Pflegeaufstand Rheinland-Pfalz auf zu einer Pflege-Rallye durchs Land. Mit einer Ampel als symbolischer Staffelstab zieht die Rallye von Einrichtung zu Einrichtung um die Arbeitsbedingungen vor Ort unter die Lupe zu nehmen. Von Mainz wurde die Ampel nach Bad Bergzabern „getragen“. Von dort ging sie nach Pirmasens und von Pirmasens zu uns nach Speyer.

Am 22.02.22 konnten wir die Ampel im Diakoniezentrum Pirmasens abholen. Anne Jacobi-Wirth und ihre Kolleg*innen bereiteten uns allen ein herzliches Willkommen.  Julia Stange und Veith Stahlheber vom Organisationsteam des

Bündnisses waren vor Ort. Ebenso Michael Quetting, Rentner im Unruhestand und Pflegebeauftragter von ver.di. Eine tolle Überraschung: der kaufmännische Vorstand des Diakoniezentrum Pirmasens Hr. Steuer nahm teil. In seiner Rede schilderte er die Problematik aus der Sicht der Arbeitgeber*innen u.a. in Sachen Finanzierung und Fachkräftemangel. Anne Jacobi- Wirth, leidenschaftlich wie wir sie kennen, machte auf den schon Jahrzehnte dauernden Kampf für bessere Bedingungen in Pflege und der Sozialberufe aufmerksam. Julia und ich unterstrichen, dass wir nur gemeinsam stark sein können und dass vor allem durch solche Aktionen die öffentliche und die politische Aufmerksamkeit gewonnen werden kann. Wichtig wäre, dass es mehr Pflegekräfte schaffen, sich zu beteiligen und für ihre Forderungen einzustehen.

Am 18 März, genau zu dem Tag an dem die neue Bundesregierung 100 Tage im Amt war, sollte die Übergabe stattfinden. Leider mussten wir den Termin aus verchiedenen Gründen auf den 29.03.22 verschieben. 100 Tage neue Bundesregierung und die Frage: Wie ist es um die Arbeitsbedingungen in den Pflege und Sozialberufen bestellt? Steht die Ampel auf Grün (es hat sich Einiges gebessert), oder eher auf Rot? Werden Versprechungen von Seiten der Landes und Bundespolitik eingehalten, werden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag bereits umgesetzt oder sind welche in absehbarer Zeit geplant?

Der Krieg in der Ukraine beschäftigt uns natürlich alle, aber deshalb aufhören? NEIN das wollen und können wir nicht! Die Regierung soll weiter erinnert werden, an ihre Versprechen. Es ist weiter wichtig, dass die Forderungen nach mehr Personal und verbindliche Personalvorgaben, keine Nacht alleine, mehr Gehalt, Solidarische Pflegegarantie, bedarfsgerechte Finanzierung, Abschaffung der Fallpauschale usw. aufrecht gehalten werden.

Am 29.03. war es dann soweit. Kolleg*innen von der BG Klinik Ludwigshafen kamen nach Speyer um die Staffelstabampel abzuholen. Julia und Veith verteilten unermüdlich Flyer und es kamen viele Gespräche zustande. Auch eine ältere Dame erkundigte über unsere Aktion und lobte das Engagement: „Toll, was ihr hier macht, wird ja mal Zeit das die Politik sich bewegt…“ Sie berichtete welche
Erlebnisse sie schon wegen fehlendem Pflegepersonal hatte. Es gab viel Zuspruch von Kolleg*innen und Passant*innen: „Super, weiter so kämpft für die Pflege und Sozialberufe.“ Leider übermannte eine schwere Post Frühdienstmüdigkeit viele Kolleg*innen, so blieb unsere Gruppe bei der Übergabe der Ampel recht klein.

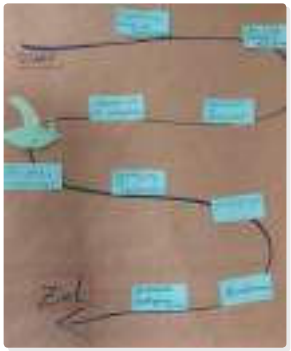
Nun freue ich mich auf die nächste Übergabe der Ampel an der BG Klinik in Ludwigshafen. Der Termin und der genaue Ort werden noch bekannt gegeben Ich bin, wenn möglich, dabei! Macht mit, informiert Euch, seid dabei! Unterstützt das Bündnis Pflegeaufstand Rheinland-Pfalz.

Mehr Infos findet ihr unter www.pfausta.de

Eure Bettina Wissert

# Bericht vom MVG- Seminar: Personelle Angelegenheiten (MAV 2)

Vom 28.03.22- 30.03.22 hat im ver.di-Bildungszentrum Mosbach das Seminar Mitarbeitervertretungsgesetz: personelle Angelegenheiten (MAV 2) stattgefunden.




Tino Satter vom GMDW eröffnete das Seminar und führte den ersten halben Tag die Teilnehmer ein. Nach der Mittagspause übergab Tino Satter die Leitung an Michael Hemmerich ebenfalls vom GMDW, der dann das restliche Seminar begleitete. Nach einer kurzen Kennenlern-Runde stiegen wir auch schon in die Thematik ein in dem wir unsere Wünsche und Erwartungen auf Moderationskarten aufschrieben und an einer Pinnwand befestigten. Michael Hemmerich sortierte die Wünsche/Erwartungen und gab eine zeitliche Reihenfolge vor. Mit einer „Schifffahrt" begannen wir unsere Arbeit für die folgenden 3 Tage. Die Themen waren Mitbestimmung, Formen der Mitbestimmung, was sind personelle Maßnahmen, Kollektivrecht, Individualrecht, Arbeit mit juristischen Kommentaren, Fristen, Berechnung der Fristen, Beendigung Arbeitsverhältnis, Kündigung, Abmahnung und Kündigungsschutz. Anhand von Gruppenarbeit, Themen aus eigener MAV Arbeit und Erfahrungen haben wir die Themen bearbeitet.

Auf individuelle Wünsche wie das Rechtsdreieck und Eingruppierungen wurde eingegangen. Unterm Strich waren die drei Tage kurzweilig, informativ, unterhaltsam und kann jedem MAV Mitglied wärmstens empfohlen werden. Unsere Erwartungen, die wir zu Beginn an einer Tafel angebracht haben, wurden voll und ganz erfüllt. Neben dem sehr gut durchgeführten Seminar haben auch das Ambiente und die Verpflegung zum Gelingen beigetragen.

Ronny Grube und Willem Wentzl von der MAV Evangelisches Diakoniewerk ZOAR in Ingelheim/ Heidesheim



# Fortbildungen des GMDW

Fortbildung
Grundlagenseminar 3
„Agieren statt Reagieren"

Datum: Montag, 29.08.2022 – Donnerstag, 01.09.2022 (4 Tage)

Fortbildung
„Aufbau- und „Refresher"
Seminar für den Wirtschaftsausschuss"

Datum: Montag, 24.10 2022 bis Mittwoch, 26. 10 2022 ( 3 Tage)

Fortbildung
„Auf Augenhöhe!"
Kommunikation und Verhandlungsführung

Datum: Mittwoch, 02.11.2022 – Freitag, 04.11.2022 (3 Tage)

SORRY, SCHUTZMASKEN SIND KNAPP. WIR MÜSSEN IMPROVISIEREN.
©WALBAUM 008-20